

FDP Waldeck-Frankenberg

KNELL ZUR JAGDVERORDNUNG

05.04.2020

- „Schlechter Stil der Ministerin“
- Rehwild soll früher bejagt werden
- Corona-Krise führt auch bei Jagd zu Problemen

WIESBADEN – „Das ist schlechter Stil von Ministerin Priska Hinz“, kommentiert Wiebke KNELL,

jagdpolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag die am

Freitagnachmittag bekanntgegebenen Änderungen der Hessischen Jagdverordnung. „Das Umweltministerium

hat nicht nur die sinnvollen Änderungen umgesetzt, die der Hessische Staatsgerichtshof nach Klage

unserer Fraktion verlangt hat, sondern auch noch darüber hinausgehend Jagdzeiten für Schalenwild

ausgedehnt. Diese wurden nicht wie die anderen Änderungen am 24. März im Plenum des Hessischen

Landtags abgestimmt, sondern zehn Tage später durch eine weitere Neuerung an einem späten

Freitagnachmittag bekanntgegeben - wohl in der Hoffnung, dass die Öffentlichkeit möglichst wenig

davon mitbekommt“, ärgert sich Knell.

Die über die Vorgaben des Staatsgerichtshofs hinausgehenden Änderungen besagen, dass Rehböcke,

Schmalrehe, Rot-, Dam-, Sika- und Muffelschmalwild statt wie bislang von Anfang Mai an bereits

vom 1. April an bejagt werden können. „Das ist auch in der Jägerschaft selbst umstritten“,

sagt Knell. „Die Landesregierung argumentiert mit dem Schutz der Wälder, dabei schafft es das

Land als größter Waldbesitzer nicht einmal auf seinen eigenen Flächen, seine Ziele zu verfolgen,

Jagderlaubnisscheine stehen vielerorts auch nicht bereit. Außerdem fehlen die rechtlichen Bedingungen

zur Jagd auf Rot-, Dam-, Sika- und Muffelwild, weil es für diese Arten noch gar keinen Abschussplan

gibt.“ Die jagdpolitische Sprecherin, die selbst Jägerin ist, weiß zudem, dass einige Jäger noch

auf die erforderliche Verlängerung ihres Jagdscheins warten. Erster Grund dafür war die Pflicht

zur Überprüfung durch den Verfassungsschutz, nun erschwert die Corona-Krise den Gang zu den Behörden.

Die Corona-Krise wird nach Ansicht Knells auch zu Absatzschwierigkeiten führen.

„Wildhändler haben

teilweise erst für Juni die Abnahme von Wild zugesagt, Restaurants nehmen auch kein Wild ab, da sie

wegen Corona geschlossen sind. Das heißt, dass Fleisch für die Tonne produziert wird. Dafür ist das

qualitativ hochwertige Lebensmittel Wildbret viel zu schade. Hier ist das Land gefordert, den Jägern

jetzt günstige Preise zum Selbsterwerb zu machen, damit eines der besten hessischen Lebensmittel nicht verkommt.“

Knell macht darüber hinaus auf ein wildbiologisches Problem aufmerksam: „Schmalrehe, also im vergangenen

Jahr geborene weibliche Rehe, sollen jetzt schon bejagt werden, sind aber äußerlich erst von Ende April

an sicher von den Ricken zu unterscheiden“, erklärt die Abgeordnete.

Populationsregulierung funktioniere

aber nur über das weibliche Wild. „Das Ganze ist im Prinzip blinder Aktionismus des Ministeriums“, kritisiert Knell.